

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.05.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael Schernikau CDU

Mitglieder

Heidemargret Garling CDU

Kay Burmester CDU

Julian Fresch CDU

Christian Fuchs CDU

Jörg Keller CDU

Michael C. Kissig CDU

Jan Lüchau CDU

Christoph Matthiessen CDU

Stephan Schwartz CDU

Herbert Thomascheski CDU

Lothar Barop SPD

Manfred Eichhorn SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Heidi Keck SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Claudia Wittburg SPD

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Nina Schilling FDP

Martin Schumacher FDP

Andrea Spangenberg FDP

Angela Drewes WSI

René Penz WSI

Andreas Schnieber WSI

Patrick Eichberger DIE LINKE

Bastian Sue DIE LINKE

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Olaf Wuttke	Fraktionslos
<u>Jugendbeirat</u>	
Fynn Ole Müller	Jugendbeirat
Franziska Zonak	Jugendbeirat
<u>Seniorenbeirat</u>	
Gabriele Winter	Seniorenbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Kirsten Gragert	Protokollführung
Gernot Kaser	Bürgermeister
Jörg Amelung	
Rolf Jagemann	
Volkmar Scholz	
Gisela Sinz	
Ralf Waßmann	

AbwesendMitglieder

Dr. Ralf Sonntag	Bündnis 90 / Die Grünen	entschuldigt
Gudrun Nagel	WSI	entschuldigt
Dennis Lobeck	Fraktionslos	entschuldigt
Gabriele Ulm	Fraktionslos	entschuldigt
<u>Umweltbeirat</u>		
Bianka Sievers	Umweltbeirat	entschuldigt
<u>Seniorenbeirat</u>		
Helga Nikodem	Seniorenbeirat	entschuldigt

Gäste:

Ca. 50 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende schlägt vor, die folgenden TOPs von der ursprünglichen Tagesordnung zu nehmen:

- 4. Beteiligung an der Sparkasse
- 6. Workshops zur Gründung einer kommunalen Klimaschutzagentur
- 13. Gesamtabschluss 2019
- 15. Umwidmung von Investitionsmitteln

Frau Jacobs-Emeis stellt für die SPD den Antrag, den TOP 20 Personalangelegenheiten von der Tagesordnung zu nehmen, weil dieser in der Hand des HFA liegt und dort letzte Woche keine Entscheidung getroffen wurde.

Frau Drewes ist dagegen. Sie möchte dem Rat berichten, um eine vernünftige Übergabe hinzubekommen.

Herr Fölske weist daraufhin, dass es sich bei diesem Thema um ein Dienstvorgesetztenverhältnis handelt und eine Vertrauensschutzgefährdung besteht. Es steht keine Entscheidung im Rat an.

Herr Wuttke hat großes Interesse daran auf dem Laufenden zu bleiben und bittet um Fortsetzung des Themas nach der Wahl.

Bei 10 Ja / 24 Nein / 0 Enthaltung bleibt das Thema auf der Tagesordnung.

Die Gesamttagesordnung mit den eingangs benannten Änderungen wird sodann einstimmig genehmigt.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.04.2023 | |
| 3 | Nachbesetzung von Gremien | |
| 4 | Nachnutzung des Kraftwerksgeländes Wedel | ANT/2023/011-1 |
| 5 | Workshops zur Gründung einer kommunalen Klimaschutzagentur beim Kreis Pinneberg | ANT/2023/012 |
| 6 | Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Wedel (Sondernutzungssatzung) | BV/2023/025 |
| 7 | Stellenplan Nachtrag 2023 | BV/2023/029-1 |
| 8 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 | BV/2023/027 |
| 9 | Haushaltskonsolidierung | BV/2023/030-1 |
| 10 | Resolution zur Senkung der Kreisumlage | BV/2023/032 |
| 11 | Strategische Haushaltssteuerung und Investitionscontrolling | BV/2023/033 |
| 12 | Resolution zur Einführung eines Sozialtarifes für die SKB in Grundschulen | BV/2023/035 |
| 13 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 13.1 | Spendenannahmen 2022 | MV/2023/013-1 |
| 13.2 | Veränderte Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für 2023 | MV/2023/027 |
| 13.3 | Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Wedel | MV/2023/028 |
| 13.4 | Satzungsangelegenheit Fünf-Städte-Verein | MV/2023/029 |
| 13.5 | Bericht der Verwaltung | |
| 13.6 | Öffentliche Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|---------------|
| 14 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.04.2023 | |
| 15 | Erbbaurechte u.a. im Bereich Voßhagen | BV/2023/023-1 |

- | | | |
|------|--|-------------|
| 16 | Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer | BV/2023/028 |
| 17 | Personalangelegenheiten | |
| 18 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 18.1 | Grundstücksangelegenheit Fünf-Städte-Verein | MV/2023/030 |
| 18.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 18.3 | Nichtöffentliche Anfragen | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 19 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden 6 Fragen zum Thema Kita Kleine Strolche und 1 Frage zum Thema Verkehrsversuch Bahnhofstraße gestellt.

Die Fragen zur Kita Kleine Strolche betreffen das aktuelle Trägerinteresse, die baurechtliche Situation, die Maßnahmen zum Erhalt der Kita, Hoffnung auf Fortnutzung und Frühbetreuung.

Herr Schernikau dankt für die Fragen und das Engagement. Die Verwaltung wird sich intensiv damit beschäftigen und auf die Eltern zukommen.

Herr Fresch dankt auch für die Fragen. Ergänzend verliest er die Fragen der CDU-Fraktion.

Frau Sinz beantwortet zunächst die CDU-Anfragen.

1.) Es wird eine Nutzungsuntersagung zum 01.09.2023 gem. § 58 LBO geben.

2.) Warum wurde das nicht 2020 untersagt?

Das Hamburger Unternehmen Captiva hat das Krankenhausgelände übernommen. Es gab konkrete Gespräche mit Klinikbetreibern aus den Niederlanden. Der Kita-Betrieb wäre als Betriebskindergarten auf einer Fläche im Außenbereich weiterhin möglich gewesen. Jetzt sei die Lage anders, denn die Kopplung Krankenhaus/Kindergarten ist nicht mehr gegeben.

3.) Eine Baulast ist ein Mittel, um einen Missstand zu heilen, der einer Baugenehmigung im Wege steht. Der Missstand, der 2008 der Baugenehmigung im Wege stand und zur Baulasteintragung führte, war der Kitabetrieb auf der Sondergebietsfläche Krankenhaus. D.h. ohne die Baulast wäre eine Baugenehmigung 2008 für die Kita nicht erteilt worden. Eine Baulast kann durch die Bauaufsicht nur dann gelöscht werden, wenn der Auslöser für die Baulast, der Missstand, aus dem Weg geräumt wurde.

Es ist der Eindruck entstanden, der Störfaktor sei die Baulast. Der Störfaktor bzw. der Missstand ist die Kita auf der ehemaligen Krankenhausfläche.

4.) Nein, unter Beachtung der aktuellen Rechtslage ist dort ohne Bauleitplanung nichts möglich.

Herr Waßmann ergänzt zu 1.): Die baurechtliche Beurteilung sei vordergründig. Der neue Eigentümer ist früh an die Stadt herangetreten mit der Idee eines Gesundheitscampus. Er habe zusammen mit dem Fachdienst Bauen abschließende Gespräche mit Captiva geführt. Captiva sieht keine Möglichkeit, dort neue Wege einzuschlagen.

Frau Kärigel sieht das Thema schon länger im Kita-Kuratorium und im BKS. Die Pressemitteilung sei nicht akzeptabel. Durch die rechtliche Verpflichtung, Kita-Plätze bereitzustellen liege hier ein Rechtsbruch vor. Es gibt nicht ausreichend Kita-Plätze und daher wird diese Kita benötigt. Sie fragt, warum das kein schwerwiegender Grund sei.

Herr Dr. Murphy sieht die Probleme in der Vergangenheit. Die „Ursünde“ liege in der Privatisierung der Klinik. Dadurch seien die Interessen der Eltern abgefallen. Das Land erlässt eine neue LBO, verlange aber gleichzeitig die Erfüllung des Ganztagsanspruches.



Frau Wittburg findet die Kurzfristigkeit dramatisch. Dadurch sei keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich. Sie fragt, warum die Baulast nicht angepasst werden kann.

Herr Eichhorn sieht Einigkeit darin, dass die Kita erhalten werden muss.

Frau Keck fragt, wie viele Kinder jetzt untergebracht werden müssen und was das Ziel einer erneuten Güterabwägung sei. Soll diese juristisch oder bestmöglich sein?

Es müssen noch 31 Kinder untergebracht werden.

Herr Schittay sagt, dass die Verwaltung 1 ½ Wochen Vorlauf hatte und von den Fragen effektiv keine beantwortet wurde.

Herr Kaser betont, dass es schwergefallen sei. Das Gesetz könne nicht ausgehebelt werden. Es wurde allen Elementar-Kindern ein Angebot gemacht, bei den Krippen-Kindern sähe es nicht ganz so gut aus. Das Angebot an die Eltern sei heute rausgegangen. Die Verwaltung bedauert die Situation sehr. In den anderen Kommunen sähe es im Durchschnitt nicht anders aus, aber man müsse positiv denken.

Frau Kärigel bittet auch an die Härtefallregelung zu denken.

Eine Bürgerin wirft ein, dass es um die Zukunft und um unsere Kinder geht und es sei eine Frechheit, dass man nicht alles dafür tue.

Im Anschluss beendet Herr Schernikau dieses Thema.

Herr Zwicker hat Fragen zum Verkehrskonzept Bahnhofstraße:

Wird die Maßnahme nun doch unverändert durchgeführt?

Werden seine Fragen, die er im letzten Rat gestellt hat, noch beantwortet?

Herr Kissig informiert, dass Herr Kamin um 19:26 Uhr dazu eine Antwort verschickt habe.

Frau Sinz sagt, dass der Verkehrsversuch am 7.7.23 starten soll. Es beginnt mit der Umgestaltung zu einer Fahrradstraße für ein Jahr. In 2. Quartal 2024 wird mit einer 4-monatigen Sperrung eines zentralen Straßenbereiches begonnen. Die Gewerbetreibenden werden Ende Mai 23 zu einer Informations- und Diskussionsrunde eingeladen. Zum jetzigen Zeitpunkt ändert sich für die Anlieger nichts. Sie können die Bahnhofstraße befahren und ihre Stellplätze weiterhin uneingeschränkt erreichen. Erst vor der 2. Phase werden die Anwohner gezielt informiert.

Frau Drewes fragt, ob es noch einen Bericht dazu gibt, denn sie habe noch Anmerkungen.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 06.04.2023

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 Nachbesetzung von Gremien

Es liegen keine Anträge zur Nachbesetzung vor.

4 Nachnutzung des Kraftwerksgeländes Wedel ANT/2023/011-1

Hierzu gibt es einen weiteren Antrag der Grünen-Fraktion, den Frau Süß verliest. Sie bittet um Zustimmung.

Frau Kärger spricht das Wärmewendeenergiekonzept der Stadt Hamburg an und erklärt die Alternativen. Das Gelände wird definitiv durch Hamburg für die Energiegewinnung genutzt. Es öffne sich ein neues Fenster bis hin zur Abschaltung. Wichtig sei, dass der Bürgermeister und Herr Goldschmitt positive Signale senden. Sie fragt, welche Vorstellungen unsererseits zu Fern- und Nahwärme bestünden. Sie sieht Wohnbebauung als „nogo“?

Frau Keck sagt, diese Idee werde zu grün. Die Stadt wolle bis Jahresende einen Wärmeplan erstellen. Eine Wasserwärmepumpe werde sehr teuer. Die Kooperation zwischen den Stadtwerken und der Stadt Hamburg sei eine gute Idee.

Herr Kissig erinnert, dass die Stadt und die politischen Gremien nicht den B-Plan, sondern den F-Plan geändert haben und vom Land „zurückgepfiffen“ wurden. Der HEW-Standort solle nicht aufgegeben werden. Die CDU unterstütze den Antrag der Grünen.

Herr Kaser ergänzt, dass Gespräche mit den Hamburger Energiegärten stattgefunden haben und im Juni Gespräche mit Herrn Habeck und den Stadtwerken geplant seien.

Frau Süß hält es für wichtig, dass die Stadtwerke eingebunden werden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 TOP 5 GRU?NE_RAT_Nachnutzung Kraftwerksgela?nde_11_05-2023

5 Workshops zur Gründung einer kommunalen Klimaschutzagen- ANT/2023/012
tur beim Kreis Pinneberg

Verwiesen an den UBF

6 Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen BV/2023/025
an öffentlichen Straßen in der Stadt Wedel (Sondernutzungs-
satzung)

Herr Hagendorf verliest die Vorlage. Die alte Satzung sei bereits 15 Jahre alt. Es liegen nun eine komplette Neufassung und plausible Kalkulation vor, die eine Mehreinnahme prognostiziert. Er bittet um Zustimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt:

- a) Die von der Verwaltung aufgestellte Kalkulation auf der Grundlage von § 26 Abs. 6 Straßen- und Wegegesetz (StrWG). Die Gebührenbemessung erfolgt nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und dem wirtschaftlichen Interesse der Nutzungsberechtigten. Sie ist in der Anlage beigelegt.
- b) Die in der Anlage beigelegte Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Wedel (Sondernutzungssatzung) einschließlich dem als Anlage der Sondernutzungssatzung beigelegten Gebührentarif.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (ohne Herrn Schnieber)

7 Stellenplan Nachtrag 2023 BV/2023/029-1

Zunächst verlesen die Fraktionsvorsitzenden Ihre Haushaltsreden (werden dem Protokoll beigelegt).

Frau Keck hat eine Frage zu dem nachgelieferten Stellenzuwachs. Es ist nichts von einer Umstrukturierung und einem neuen FD 1-60 bekannt. Geht es hier um die Stelle von Herrn Springer? Und entspricht A 12 der Besoldung von Fachdienstleitungen?

Herr Waßmann stellt klar, dass es sich hier nicht um die Stelle von Herrn Springer handelt. Die organisatorische Entscheidung hat der Bürgermeister getroffen. Der neugeschaffene FD 1-60 umfasst die Stadtjugendpflege, Schulkinderbetreuung und Schulsozialarbeit. Der FD 1-40 bleibt.

Herr Amelung ergänzt, dass bis auf zwei FDL alle anderen A 12 bekommen. Er halte das für nicht mehr zeitgemäß.

Beschluss:

Der Rat beschließt den anliegenden Stellenplan Nachtrag 2023.

Abstimmungsergebnis:

31 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltung

Anlage 1 TOP 7 Haushaltsrede FDP

Anlage 2 TOP 7 Haushaltsrede SPD

8 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 BV/2023/027

Frau Drewes bringt den Antrag ein.

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023

Abstimmungsergebnis:

19 Ja / 4 Nein / 11 Enthaltung

Anlage 1 TOP 9 Veraenderungsliste_1. Nachtrag_2023_28.04.2023

Anlage 2 TOP 9 Gesamtplan_nach_HFA

Anlage 3 TOP 9 Satzung_nach_HFA

Anlage 4 TOP 9 Rat 1. Nachtragshaushaltssatzung Anfrage Schnieber und Antwort der VW

9 Haushaltskonsolidierung BV/2023/030-1

Frau Süß verliest den Antrag der Grünen.

Nach ausgiebiger Diskussion bittet Herr Hagendorf um Entscheidungsfindung und stellt den Antrag auf Ende der Rednerliste. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Dann wird zunächst über den Antrag der Grünen abgestimmt und zwar über jeden Punkt einzeln.

1.) 33 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

2.) Einstimmig

3.) 29 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltung

4.) 16 Ja / 16Nein / 2 Enthaltung

5.) 31 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung



Beschluss:

Der Rat beschließt,

- A. die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen **zeitnah umzusetzen**, damit diese ab dem Haushalt 2024 ff. zur Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Wedel beitragen können.

A.1. Für folgende Maßnahmen sind dabei Beschlüsse der politischen Gremien erforderlich. Hier werden verwaltungsseitig Beschlussvorlagen erarbeitet und den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt (laufende Nummern laut Anlage Übersicht grün):

1. Aktualisierung der Verwaltungsgebührensatzung und Ausweitung der Gebührenatbestände
2. Aktualisierung der Sondernutzungsgebührensatzung
3. Veräußerung von Erbbaugrundstücken
4. Poolbildung für alle städtischen Hausmeister
5. Einforderung eines Nachlasses auf die Stromkosten gegenüber den Stadtwerken Wedel
6. Einforderung eines Nachlasses auf die Kosten der Wärmeerzeugung gegenüber den Stadtwerken Wedel
7. Erhöhung / Einführung von Entgelten für vermietete Wohnflächen der Stadt Wedel
8. Vermietung der nicht genutzten Azubi-Wohnungen der Stadt Wedel an Studierende
9. Erhöhung / Einführung von Entgelten für vermietete Gewerbeflächen der Stadt Wedel
11. Beschränkung auf die Bezahlung der SLM- Software ITS-Learning
12. Nachverhandlung des Vertrages mit dem Kreis Pinneberg bezgl. der Erbringung von Sozialleistungen
13. Nachverhandlungen mit den Stadtwerken bezüglich der Kosten für die Löschwasserversorgung
14. Aktualisierung der Feuerwehrgebührensatzung
16. Entgeltliche Vermietung des Museumsgartens im Stadtmuseum
17. Umsatzbeteiligung / Standgebühren bei privatrechtlichem Ausschank auf dem Museumsgelände
18. Erhöhung der Gebühren bei der Musikschule insbesondere beim Erwachsenenunterricht
21. Erhöhung der Jahresentgelte der Stadtbücherei um 50 %
22. Reduzierung der Ausnahmetatbestände von der Gebührenpflicht
23. Erhöhung der Säumniszuschläge und Mahngebühren um 50 %
25. Gebühren für Arbeitsplatznutzung in der Stadtbücherei
26. Erhöhung der Kursgebühren in der VHS
27. Reduktion bzw. Nachverhandlung des Zuschusses zu „zu teure“ Kitas
28. Erhöhung der Gebühren in der Schulkinderbetreuung um 10 %
29. Einstellung von Wespi oder Abgabe von Wespi an die Kirchen
30. Reduktion der Spielplätze von 45 auf 30
32. Verringerung des Verlustausgleichs bei der Badebucht / Bedarfsbeauftragung bei der PROVA GmbH
33. Einführung / Erweiterung von Nutzungsgebühren für Sporthallennutzungen
34. Streckung der Deckschichtsanierung für Gemeindestraßen bis 2030
35. Verlängerung der Nachtabstaltung bei der Straßenbeleuchtung
37. Erhöhung / Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet in 3 Stufen
38. Erhöhung der WoMo Stellplatzgebühren im Sommer um 50 %
41. Erhöhung der Marktnutzungsgebühren

- 43. Erhöhung der Zweitwohnungssteuer
- 44. Einführung einer Bettensteuer
- 45. Erhöhung der Vergnügungs- und Automatensteuer.

A.2. Die folgenden Maßnahmen werden verwaltungsseitig ohne einen gesonderten Beschluss umgesetzt (laufende Nummern laut Anlage Übersicht grün):

- 10. Aufgabe Workingspace, ggf. Nutzung der Büros in der StaBü
- 15. Nachverhandeln der Landeszuweisungen für Schulsozialarbeit
- 19. Kostenerstattung für Musikschulunterricht vom Land einfordern
- 20. Reduktion der Zeitschriften-Abos um 50 %
- 24. Automatisierung Rechnungsprozess zw. Bibliotheka und H&H
- 31. Interne Nachnutzung der Spielplatzgeräte und Reduzierung der Beschaffungskosten in Folgejahren
- 36. Nachverhandeln Kostensatz UI/UA oder Vertragsauflösung des Vertrages v. 1963
- 39. Eigenerbringung von Aufgaben mit eigenem (neuem) Personal
- 40. Eigenerbringung von Aufgaben mit bestehenden Personal
- 41. Aufforderung zur nachträglichen Hundeanmeldung, Hundezählung

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die oben genannten Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle Übersicht grün.

B. Die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind **zeitnah zu prüfen** und dem Rat der Stadt Wedel zur Entscheidung vorzulegen:

- 46. Verringerung der Kosten für den Sitzungsdienst, hier: Aufwandsreduktion
- 47. Verringerung der Kosten für den Sitzungsdienst, hier: Anzahl der Sitzungen
- 48. Veräußerung entbehrlicher Weide- und Bauschulflächen
- 49. Aufgabe einer eigenen Gebäudereinigung
- 50. Aufgabe der Unterstützung von Senioren durch eine gesonderte Seniorenberatungsstelle
- 51. Kürzung der Zuschüsse an Sozialträger um 10 %
- 52. Kürzung der Schulsozialarbeit
- 53. Verzicht auf Außenstandorte und Außendienst der Stadtbücherei
- 54. Einführung kostendeckender SKB-Beiträge für erste und letzte Stunde
- 55. Rückübertragung der Straßenbeleuchtung in den städtischen Betrieb
- 56. Abschaffung von Monats/Jahrestickets für Stellplätze in der B+R Anlage
- 57. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer A von 380 % auf 400 %
- 58. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer B von 540 % auf 560 %
- 59. Erhöhung des Hebesatzes für Gewerbesteuer von 420 % auf 440 %

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die zu prüfenden Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle „Prüfung empfohlen“.

C. Die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sollen **nicht umgesetzt** werden:

- 60. Streichung des Nachlasses für Unterkunftskosten für erwerbstätige Bewohner*innen
- 61. Einsparung beim Löschwasser in der maximalen Variante
- 62. Kürzung der Kulturförderung um 20 %
- 63. Erhöhung der Pacht für den WoMo-Stellplatz auf Höhe der Ist-Einnahmen



Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die nicht umzusetzenden Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle „keine Umsetzung“.

Abstimmungsergebnis über die BV mit den Änderungen:

Einstimmig

Anlage 1 TOP-10_Aenderungsantrag_GRUENE_Haushaltskonolidierung_Rat_11_05_2023

10 Resolution zur Senkung der Kreisumlage BV/2023/032

Frau Drewes verliest den Beschluss. Der HFA hat einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadt Wedel fordert den Kreistag auf, dass die zusätzlichen Einnahmen des Kreises Pinneberg aus der Festsetzung des Finanzausgleiches 2023 ausschließlich für eine Senkung der Kreisumlage verwendet werden. Dazu wird eine politische Beschlussfassung durch die Kreisgremien noch vor der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 erwartet.
2. Es wird eine Ergebnisrücklage des Kreises Pinneberg in Höhe von 10 Mio. Euro als angemessen anerkannt. Deutliche Erhöhungen der Rücklagenhöhe sind den Kommunen vor Beschlussfassung darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Strategische Haushaltssteuerung und Investitionscontrolling BV/2023/033

Frau Drewes verliest den Beschluss. Der HFA hat einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

ab dem Haushaltsjahr 2024 die strategische Haushaltssteuerung in neuer Form anzuwenden sowie eine strategische Investitionspriorisierung einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Resolution zur Einführung eines Sozialtarifes für die SKB in Grundschulen BV/2023/035

Herr Barop bringt den Beschluss ein.

Frau Kärgel warnt davor, eine „Superbehörde“ zu schaffen, weil die damit verbundenen Arbeiten viel Personal erfordern. Sie plädiert dafür, dass aus dem Sozialtarif ein Zuschuss wird.

Beschluss:

Das Rat der Stadt Wedel verabschiedet nachstehende Resolution:

Die Stadt Wedel als Schulträgerin von drei Grundschulen fordert den Kreistag des Kreises Pinneberg auf, einen Sozialtarif für die Schulkinderbetreuung in Grundschulen einzuführen.

Im Blick auf den zukünftigen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Grundschulen ist es notwendig, für alle Eltern im Kreis Pinneberg die Möglichkeit zu schaffen, ihre Kinder im Ganztag betreuen zu lassen.

Es ist dafür zu sorgen, dass alle Eltern analog der Sozialstaffel es sich finanziell leisten können, die Betreuung in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1 Spendenannahmen 2022 MV/2023/013-1

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.2 Veränderte Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für 2023 MV/2023/027

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.3 Gesamtabchlussrichtlinie der Stadt Wedel MV/2023/028

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.4 Satzungsangelegenheit Fünf-Städte-Verein MV/2023/029

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.5 Bericht der Verwaltung

Herr Kaser berichtet über den Verkehrsversuch Bahnhofstraße, der in 2 Phasen startet.

- 1.) Die Bahnhofstraße wird zwischen „Beim Hoophof“ und „Bei der Doppeleiche“ zur Fahrradstraße. Priv. motorisierter Verkehr bleibt als Tempo 30-Zone bis zum 2. Quartal 2024 erhalten.

Das Ergebnis wird offen diskutiert.

- 2.) Im Sommer 2024 werden weitere Gespräche geführt und Ideen/Anregungen gesammelt. Die Gestaltung findet dann entsprechend den Umfragen statt. Die Gewerbetreibenden sollen abgeholt werden.

Frau Drewes findet das verwirrend und erschreckend. Vor 4 Wochen gab es andere Informationen. Die Kommunikation sei unfassbar.

Der Seniorenbeirat fragt, ob man für den Verkehrsversuch nur Radfahrer im Sinn habe oder auch zu Fuß gehende. Welchen Vorteil gäbe es für Fußgänger? Außerdem werde in der Bahnhofstraße sowieso selten schneller als 30 km/h gefahren.



Herrn Kaser missfällt der Tonfall von Frau Drewes und bittet sie um entsprechenden Stil. Dann erläutert er kurz den Hintergrund.

Herr Hagendorf bittet diesen Konflikt zwischen Frau Drewes und Herrn Kaser unter vier Augen zu klären. Er teilt die Auffassung vom Seniorenbeirat.

Frau Winter hat dazu noch zwei Anregungen:

- 1.) Herausgabe eines Infoblattes zum Thema „Bedeutung einer Fahrradstraße“
- 2.) Den Verkehrsversuch sollte mit den Beiräten und nicht nur mit den Gewerbetreibenden beraten

Caudry-Besuch 2023

Herr Wuttke dankt für die schnelle und umfangreiche Antwort der Verwaltung. Das sollte auch den Anwohnern mitgeteilt werden.

13.6 Öffentliche Anfragen

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

- Anlage 1 TOP 16 OW fraktionsfrei Anfrage Caudry-Besuch 2023 (002)
Anlage 2 Rat_11052023_Antwort der Verwaltung zur Anfrage TOP 16_V2
Anlage 3 TOP 16.6 2023-05-09-Anfrage Rat KiTa Kleine Strolche
Anlage 4 TOP 16.6 Rat Pressemitteilung Kita Kleine Strolche

Öffentlicher Teil

19 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

TOP 16: Der Rat der Stadt Wedel beschließt mehrheitlich den Verkauf einer ca. 9.630 m² großen Teilfläche im BusinessPark Elbufer zur Realisierung eines Neubaus.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung und wünscht alles Gute.

Vorsitz:

Gez. M. Schernikau
Michael Schernikau

Protokollführung:

Gez. K. Gragert
Kirsten Gragert

